Die schwierigen Anfänge der Republik Österreich - der heutige 27. April vor 100 Jahren

Festrede bei der
Republikfeier des Niederösterreichischen Kameradschaftsbundes
(Hochwolkersdorf, 27.04.2019)

Karl-Reinhart Trauner

[Std.: 27.04.2019]

Wir demütigen uns vor unserem Gott,
um von ihm den rechten Weg zu erbitten.

(Esra 8, 21; die Tageslosung für den 27. April 2019)

Die Tageslosung der Herrnhuter Brüdergemeinde für den heutigen 27. April 2019 spricht von der Demut - die ist angesichts der heutigen guten Lebensverhältnisse und angesichts der schwierigen Lage heute vor 100 Jahren ein Gebot.

2019 - zwar sind die 100-Jahr-Feiern für den Ersten Weltkrieg schon weitgehend abgeschlossen und voriges Jahr wurde der 100. Jahrestag der Gründung des neuen Österreichs und der Republik gefeiert. In der Kürze klingt das von den Geschehnissen her ausgesprochen konsequent „wie auf Schienen"; aber die Entwicklung war so einfach nicht!

Es ist doch nicht so, daß man nach einem verlorenen Weltkrieg ein-

fach eine Republik ausruft und dann sofort mit einem funktionierenden Staatswesen anfängt. - Deshalb beschäftigt sich die Festrede heute mit den komplizierten Anfängen der Republik Österreich vor 100 Jahren … und dem, wie es weitergegangen ist.

Wenn man wissen will, was geschehen ist, dann schaut man sich heute die Nachrichten im Fernsehen an, recherchiert im Internet oder liest die Zeitung.

Was ist heute vor 100 Jahren, am 27. April 1919, denn passiert? Fernsehen und Internet hat es damals noch nicht gegeben. Und wenn man wissen will, was am 27. passiert ist, dann muß man natürlich in die Zeitungen vom 28. April sehen, denn dort wird ja über den 27. berichtet. - Historiker haben den Vorteil, daß sie in die Zukunft schauen können, zumindest, wenn sie die Vergangenheit behandeln.

Damals hat es die schon heute beliebteste Zeitung gegeben (auch wenn keine tatsächliche Kontinuität besteht): die Kronen-Zeitung („KrZ."). Damals hat sie „Illustrierte Kronen-Zeitung" geheißen, … aber wenn man die Zeitung durchblätter: wenig Illustrationen und keine „Seite 7" mit den bekannten und (damals) oft konsultierten „Naturstudien" für Männer.

Wann wurden die Abbildungen leicht bekleideter Damen eigentlich abgeschafft? Erst im November 2017. Eingeführt wurden sie übrigens in den 1970er Jahren durch den Neugründer der KrZ. Hans Dichand.[1]

In der KrZ. vom 28. April gibt es kein S. 7-Bild, auf der S. 6 findet sich nur eine Illustration, die eine 100-Jährige darstellt …

Die KrZ. schreibt damals wie heute über das, was die Menschen be-

---

1 Clemens Oistric, Kultur-Revolution: „Krone" schickt Nackte in Pension. heute.at [Wien] v. 08.11.2017; URL: https://www.heute.at/oesterreich/news/story/Revolution---Krone--schafft-die-Nackte-ab-46960946 [19.04.2017].

schäftigt und bewegt. 1919 ist sie erst im 20. Jahrgang, also eine relativ junge Zeitung. Friedrich Torberg beschreibt sie in seinem berühmten Buch „Die Tante Jolesch" (erschienen 1975) als „Hausmeisterblattl".[2]

Pariser Friedenskonferenz

> Am Titelblatt der Ill. KrZ. vom 28. April 1919 findet sich eine große Illustration der Pariser Friedenskonferenz. Heute wird die Konferenz normalerweise mit ihren durchaus negativen Folgen für die Mittelmächte verbunden; die Darstellung am Titelblatt der Ill. KrZ. ist aber nicht negativ, eher neugierig. Im Vordergrund sind Schwarze und Araber abgebildet; ein damals ungewohnter, „exotischer" Anblick für Österreicherinnen und Österreicher.

Man erhoffte sich in Deutschösterreich zunächst viel von der Pariser Friedenskonferenz. Sie tagte bereits seit dem 18. Januar 1919; das war genau jener Tag, an dem 1871 in Versailles das Deutsche Kaiserreich ausgerufen wurde. Die Terminwahl war aber kein Zufall, sondern drückt schon den Geist der Konferenz aus: Revanche.

Am Beginn der Verhandlungen wurde v.a. die Satzung des Völkerbunds durchverhandelt. Bestimmend war dabei der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson. In einem zweiten Teil, ab Mitte/Ende März 1919, ging es dann an die eigentlichen Friedensverhandlungen und die Friedensbedingungen für die Verliererstaaten, wobei das Deutsche Reich besonders im Fokus stand.

Die Konferenz in Paris dauerte letztlich bis zum Januar 1920.

---

2 Friedrich Torberg, Die Tante Jolesch oder der Untergang des Abendlandes in Anekdoten (o.O. [München] [4]1975) 171f.; siehe Otto Schulmeister, Freiheit und Bedrohung der Presse! - Zweihundert Jahre Tageszeitungen in Österreich, in: 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983. Festschrift und Ausstellungskatalog, hg. von Franz Ivan/Helmut W. Lang/Heinz Pürer (Wien: Österr. Nationalbibliothek; Verband der Österreichischen Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger, 1983) 17-40, hier 25.

Auf S. 2 der KrZ. gibt es den Leitartikel zum Titelbild. Paris wird durch die Konferenz zum „Mittelpunkt der Welt", so die Krone.

Im April 1919 waren die Ergebnisse aber, zumindest für die Politiker der Verliererstaaten, zu denen Österreich gehörte, noch vollkommen unklar.

Der Artikel ist eigentlich nicht politisch, eine Beschreibung der Konferenz. Was man jedoch bemerkte, das war der neue Charakter dieser Konferenz: Sie ist nicht so elegant wie seinerzeit der Wiener Kongreß rund 100 Jahre zuvor, sondern: „… eine Reihe von Konferenzsälen, von kleineren Beratungszimmern, eine Serie nüchterner Hotelzimmer und schlichter Schreibstuben … Landkarten … Aktenstöße … Schwärme von Telegrammen, Eingaben und Memoranden" (KrZ. S. 2).

100 Jahre später - mit dem Wissen um den Ausgang der sog. Friedenskonferenz - kann man sagen: Waren die Konferenzen zuvor - trotz aller widerstreitender Interessen - von einer gewissen internationalen Solidarität geprägt, so ging es jetzt um reine Machtpolitik. Es ging darum, möglichst viel vom Kuchen zu bekommen, letztlich jeder gegen jeden; und alles auf Kosten der anderen.

Wie ist denn das heute bei uns? Viele Konferenzen scheitern doch auch genau daran, daß sich die Staaten nicht einigen können, obwohl sie alle die Notwendigkeit erkennen würden. Es geht oft um Eigeninteressen: Klimakonferenz, Friedenskonferenzen für den Nahen und Mittleren Osten, bis hin zu Atomabkommen …; jeder agiert gegen jeden, um seinen kurzsichtigen Vorteil bemüht.

Die Zielvorstellungen und die Gestaltung eines „gerechten Friedens" nach einer kriegerischen Auseinandersetzungen treten in vielen Fällen in den Hintergrund.

Obwohl wir doch nach zwei Weltkriegen gelernt haben müßten, daß

nur ein „gerechter Friede die Zielperspektive politischer Ethik" sein kann.[3]

Zurück zur KrZ.: Zumindest in Österreich schaut man sich bei einer Zeitung zuerst das Titelblatt an, und dann blättert man nach hinten. Üblicherweise ist dort der Sportteil, die Volksunterhaltung Nr. 1. Einen Sportteil findet man aber hier nicht.

Kein Sport, dafür Romane

In der KrZ. vom 28. April 1919 gibt es keinen Sportteil. Die Menschen haben andere Sorgen gehabt. Wenn einem hungert, man nicht weiß, wovon man Leben soll, und man vielleicht noch kriegsinvalid ist, dann denkt man nicht an Sport.

Zwei Fortsetzungen von Romanen finden sich aber hier, einer davon von Rudolf Rosen (wer auch immer das sein mag) über den „Gefangenen von Schönbrunn" (KrZ. S. 8).

Es geht um Kaiser Franz I. (der „gute Kaiser Franz"), und der Roman spielt - wie man indirekt dann erfährt - im Jahr 1811. Auf den ersten Blick ist es ein Gesellschaftsroman, erst beim zweiten Hinsehen bekommt das Ganze eine gewisse zeitkritische Note.

Fünf Jahre zuvor, 1806, hatte Franz die römisch-deutsche Kaiserkrone niederlegen müssen; ein rund 1000-jähriges Reich ging damit zu Ende. Und das erinnert an das Jahr 1918, als Kaiser Karl die Krone verlor.

Habsburgkritische Untertöne weist der Roman ebenfalls auf. Die Napoleonischen Kriege verwüsten Europa, Napoleon terrorisiert den Kontinent von Paris aus (ein Zufall, wieder Paris?) und Franz sitzt in der Romanfortsetzung bei seinem Hobby, beim

---

3 Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Gütersloh ²·2007) Art. 80; URL: http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf [19.11.2018].

Basteln. Als ein Eilbote aus Paris kommt, ist seine Reaktion, daß er einfach Ruh haben will. Die politischen Fragen sollen die Politiker klären: Der mächtige Staatskanzler Metternich „soll sich mit alle die Lumpereien befassen, dö jetzt in der Welt vorgehen! I will a Ruah' haben!"

Erst auf Drängen seines Kammerdieners läßt Kaiser Franz den Meldereiter vor: „Na, so sagen S' mir alles! …" Die Eilnachricht handelt jedoch nicht über Politik, sondern betrifft die „glückliche Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Luise!", nicht um hohe Politik. Das angesprochene Kind ist übrigens Napoleon (II.), der Herzog von Reichstadt.

Das ist das, was das Volk Kaiser Karl und den Eliten (zu Recht oder nicht) vorwarf, daß es um ihr persönliches Wohlergehen ginge, und nicht um das Volk oder den Staat, daß sie es sich für sich „richten" würden - ganz anders als heute!

Historisch ist es doch etwas anders: Maria Louise, die Tochter Kaiser Franz' und Gemahlin Napoleons, heiratete Napoleon nur gegen ihren Willen. Napoleon demütigte Kaiser Franz laufend und stellte ihn politisch kalt (deshalb auch der Titel des Romans: „Der Gefangenen von Schönbrunn").

Auch Kaiser Karl zog sich nur auf Druck aus der Politik zurück. In Österreich verzichtete er nur auf die Regierungsgeschäfte, nicht auf den Thron. In Ungarn versuchte er zweimal, den Thron wieder zu erlangen. Wegen dieser politischen Versuche mußte er letztlich ins Exil nach Madeira, wo er 1922 elend starb (an einer Verkühlung, weil er sich die Heizkosten nicht mehr leisten konnte).

Seine Frau Zita und sein Sohn Otto sind in Wien bestatten (1989 war das große Begräbnis von Zita, 2011 das von Otto).

In so einer Welt hat Sport, der heute auf den letzten Seite der meisten Zeitungen zu finden ist, keinen Platz.

Es hat übrigens eine eigene Sport-Zeitung gegeben, die „Allgemeine Sport-Zeitung". Sie sollte eine Wochenschrift sein; allerdings kamen 1919 nur zwei heraus (am 5. Jänner und am 11. Oktober 1919); auch 1920 erschien sie nur zweimal und 1921 dann gar nicht mehr. Erst danach ging es wieder ein wenig bergauf.

Volksgesundheit

Aber auf S. 2 der KrZ. findet sich sehr wohl etwas über sportliche Aktivitäten, der Artikel „Körperlich tüchtige Jugend!". Aber der Untertitel zeigt, daß es sich um etwas ganz anderes als Vergnügungssport dreht: „Erschreckende Folgen des Krieges und ihre Bekämpfung".

Das „Amt für Volksgesundheit" errichtete eine „Abteilung für Körperpflege und Leibesübungen" und hielt diesbezüglich eine Konferenz ab. Nach einem Totengedenken für alle gefallenen Sportler wurde die „Notwendigkeit" betont, „einen an Körper und Geist gesunden Nachwuchs heranzuziehen". - Das unterscheidet das Jahr 1919 nicht von heute!

Allerdings war die Problemlage vollkommen anders gelagert: „Die Jugend Deutschösterreichs hat durch die grausame Hungerblockade in den langen Kriegsjahren große Einbußen an Zahl und eine schwere Schwächung der Lebenskraft erlitten. Die Sterblichkeit hat sich in den wichtigsten Jahren der Körperentwicklung (vom 11. bis 26. Lebensjahre) mehr als verdreifacht."

Der Hunger war schon während des Weltkriegs groß!

„Während des Ersten Weltkriegs verhungerten auf dem deutschösterreichischen Gebiet der Habsburger-Monarchie etwa 100.000 Menschen; in Deutschland waren es knapp 800.000. Die Hungersnot war vor allem darauf zurückzuführen, dass sowohl Deutschland als auch Österreich-Ungarn hinsichtlich der Lebensmittelversorgung unvorbereitet in den Krieg zogen, von dem sie meinten er werde nur kurz dauern. Die Mitte 1914 von den Alliierten verhängte Blockade verschärfte

die Lebensmittelkrise zusätzlich und leistete 1918 einen wichtigen Beitrag zur Niederlage der Mittelmächte. Nach dem Waffenstillstand wurde die Lebensmittelblockade nicht etwa aufgehoben, sondern als Druckmittel vor allem gegenüber Deutschland weitergeführt, um es zur Annahme der harten Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles zu zwingen."[4] - Solche politischen Maßnahmen werden auch heute noch oft angewandt, werden heute aber „Sanktionen" genannt.

Hat man sich im Jahr 1919 wegen der Unterernährung große Sorgen gemacht, so stellt sich heute die Lage gerade umgekehrt dar: Rund 90 Jahre später, am 11. November 2010 (immerhin schon 9 Jahre her!), vermeldet die KrZ. - allerdings nur für Steiermark, in den anderen Bundesländern ist das sicherlich viel besser -, daß 57 Prozent der Männer und 43 Prozent der Frauen in Österreich übergewichtig sind, und auch der Nachwuchs leidet bereits unter Fettleibigkeit. In Österreich ist ein Viertel der Volksschulkinder zu dick.[5]

Und vor ein paar Tagen konnte man ebenfalls in der KrZ. lesen, daß bereits Kinder und Jugendliche unter Bluthochdruck leiden können; schon 160.000 (!) Kinder zeigen in Österreich offenbar überhöhten Blutdruck. Oft, weil sie unsportlich und unbeweglich sind sowie Übergewicht haben.[6]

Immerhin denkt man schon 1919 daran, aus Gesundheitsgründen Spielplätze einzurichten (KrZ. S. 2). Ob das wirklich eine massive Verbesserung der Situation darstellte, mag bezweifelt

---

4 Von Tag zu Tag 1917 bis 1919: 28. März 1919; URL: https://www.oesterreich100.at/von-tag-zu-tag-1917-bis-1919/28-maerz-1919.html [20.04.2019].

5 Gerald Schwaiger, Ärzte alarmiert - Ein Viertel der Volksschulkinder übergewichtig. Kronen Zeitung [Wien/Graz] v. 11.11.2010; URL: https://www.krone.at/229986 [20.04.2019].

6 Eva Greil-Schähs, Gefahr Hypertonie - Der Blutdruck steigt schon bei den Kleinsten. Kronen Zeitung [Wien] v. 12.04.2019; URL: https://www.krone.at/1901039 [20.04.2019].

werden. Aber Spielplätze sind auch heute noch immer ein Thema.

Hunger, Elend und Not

Aber um noch einmal auf den Hunger und die Not zurückzukommen. Die Sorge um die Kriegsheimkehrer wurde zu einer immer dringlicheren Aufgabe. „Der verlorene Krieg lastete schwer auf dem Land, die Stimmung unter den Kriegsheimkehrern pendelte zwischen Niedergeschlagenheit und Revolutionsbereitschaft, schwere Hungersnöte plagten die Städte, die Spanische Grippe, Tuberkulose und andere Krankheiten forderten auch noch nach Kriegsende viele Opfer."[7]

Ab 1916 wurde der Hunger v.a. in den Großstädten ein immer größeres Problem und führte sogar zu Lebensmittelunruhen und Streiks. Im fünften Kriegsjahr [d.h. 1918/19] litt man in Österreich-Ungarn Hunger. Die Bauern stellten Flurwachen auf, um zu verhindern, daß Erdäpfel und Rüben von den Feldern gestohlen wurden.[8] In Salzburg kam es am 19. September 1918 zu Massendemonstrationen, gegen die die Gendarmerie vorging - Sicherheitswache und Militär verhielten sich passiv -, parallel dazu auch zu Plünderungen.[9]

Man darf sich heute keine Illusionen machen, daß es heute bei uns im Falle eines Blackouts nach wenigen Tagen ähnliche Zustände geben würde.[10] Im sicherheitspolitischen Bereich wurde diese Problem-

---

7 Anton Holzer, „Hoch die Republik!" Der demokratische Neuanfang 1918/19 in Bildern. Wiener Journal [Wien] v. 09.11.2018: 100 Jahre Republik, 8-15, hier 8.

8 Manfried Rauchensteiner, Der „Rest", in: 1918-2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext, hg. von Helmut Konrad im Auftr. des Hauses der Geschichte Österreich … (Wien 2018) 11-14, hier 11.

9 Hanns Haas, Salzburg 1918/1919 - Gewalt und Gewaltprävention. Historische Sozialkunde 48 (2018) Heft 1, 40-48, hier 42f.

10 Der österreichische Autor Marc Elsberg erzählt in seinem Roman „Blackout - Morgen ist es zu spät" (2012) in realistischer Weise über die katastrophalen Auswirkungen eines großflächigen Stromausfalls in Europa.

lage bereits erkennt, nicht jedoch von einer breiten Öffentlichkeit; tiefgreifende politische Maßnahmen blieben, zumindest soweit in den Medien erkennbar, blieben bislang weitgehend aus.

Zurück ins Jahr 1919: Die Zustände in den ersten Tagen nach dem Waffenstillstand vom 3./4. November 1918 waren teilweise chaotisch. Zu den heimströmenden Soldaten kamen noch die in Österreich-Ungarn Kriegsgefangenen, die nun ebenfalls in ihre Heimatländer zurückkehrten; das betraf v.a. Italiener und Russen. So kamen beispielsweise im November 1918 täglich in Linz zwischen 30. und 40.000 Soldaten an oder machten hier Zwischenstation.[11] Plünderungen durch die Soldaten wurden befürchtet und das Heeresamt rief auf: „Stehlet und plündert nicht!"[12]

Aber solche Befürchtungen bezogen sich ebenfalls auf die Zivilbevölkerung. Neben Wien, Salzburg und Linz kam es auch in Innsbruck zu Hungerdemonstrationen und umfangreichen Plünderungen.[13]

> Die KrZ. meldete noch am 28. April 1919 (S. 5): „Wie wir erfahren, wird im Mai [1919] der Rücktransport von ungefähr 800.000 in italienischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee beginnen. Unter diesen Kriegsgefangenen beginden sich auch sehr viele Deutschösterreicher." - Viele der anderen mußten auf ihrem Weg in ihre Heimat über österreichischen Gebiet fahren.

Der Sozialdemokrat Otto Bauer - er war in den ersten Monaten der jungen Republik Außenminister und später einer der Vordenker der

---

11 Peter März/Sabine Fuchs, Hungerunruhen, Plünderungen und politische Gewalt. Oberösterreich vom Kriegsende bis zur Konsolidierung in den frühen 1920er Jahren. Historische Sozialkunde 48 (2018) Heft 1, 21-28, hier 22.

12 Zit. nach: „Stehlet und plündert nicht!" Arbeiter-Zeitung/Morgenblatt [Wien] v. 09.11.1918, 6.

13 Oswald Überegger, Gewalträume eines Umbruchs. Der November 1918 in Tirol. Historische Sozialkunde 48 (2018) Heft 1, 12-20, hier 18.

Sozialdemokratie - beschrieb diese Situation in seinem 1923 erschienenen Werk „Die österreichische Revolution" drastisch, aber zweifellos authentisch:

„... unter die wild erregten Heimkehrer, unter die verzweifelnden Arbeitslosen, unter die von der Romantik der Revolution erfüllten Wehrmänner mischten sich die Invaliden des Krieges, die ihr persönliches Schicksal an der schuldigen Gesellschaftsordnung rächen wollten; mischten sich krankhaft erregte Frauen, deren Männer seit Jahren in Kriegsgefangenschaft schmachteten; mischten sich Intellektuelle und Literaten aller Art, die, plötzlich zum Sozialismus stoßend, von dem utopistischen Radikalismus der Neophyten erfüllt waren; mischten sich die aus Rußland heimgeschickten Agitatoren des Bolschewismus."[14]

Blättert man die KrZ. sonst durch, so gibt sie erschreckende Einblicke in das Leben der Menschen rund ein halbes Jahr nach Ausrufung des Waffenstillstands. Da ist viel der Not der Menschen die Rede; und die Schilderungen erhalten eine sehr persönliche Note, weil Namen genannt werden.

Schleichhandel und Wucher

Ein besonderes Thema war der Schleichhandel und der Wucher.

Viel ist von Wucher in der KrZ. die Rede, von „Preistreibern" (KrZ. S. 2). Es geht um Lebensmittel, aber auch um Produkte, an die Menschen von heute nicht denken würden: Zündhölzchen oder Schnürriemen (Schuhbänder) wurden zu enorm hohen Preisen (KrZ. S. 2) gehandelt.

Besonders betroffen waren aber Lebensmittel:

- Butter wurde Ende April 1919 im „Schleich" (Schleichhandel) um 130 K./kg gehandelt (KrZ. S. 2)

---

14 Otto Bauer, Die österreichische Revolution (Wien 1923) 121.

- Eier um 3 K. pro Stück (KrZ. S. 2)

- später (KrZ. S. 3) erfährt der Leser, daß 1 kg Schweinefett bis zu 130 K. dem Schleichhändler einbrachte.

Zum Vergleich: Eine KrZ. kostete 10 H., ein Monatsabonnement 3 K. (KrZ. S.1) - also so viel wie ein Ei.

Die „Neue Freie Presse" kostete im Vergleich etwas mehr; es gab bei der NFrPr. ein Morgen-, Nachmittag- und Abendblatt; zwar kostete die Einzelnummer des Abendblattes ebenfalls nur 10 H., das Morgen- und Nachmittagblatt allerdings schon 40 H. (NFrPr. v. 28.04.1919, S. 1).

Heute kostet eine KrZ. E 1,20, im 1-Jahres-Abo der Druck-Ausgabe monatlich im Angebot (anläßlich des 60-Jahr-Jubiläums der neuen KrZ.) E 16,14 statt normalerweise E 26,90.[15] Ein Monatsabo der NFrPr. war dementsprechend auch deutlich teurer.[16]

Aber nicht nur auf Lebensmittel und Produkte des alltäglichen Lebens bezog sich der Wucher, sondern es gab auch einen „Wohnungswucher" (KrZ. S. 2). Zu denken ist hier an die Mieten, aber auch an die Ablösen; dies alles führte jedenfalls auch zu harten Arreststrafen.

Auch Möbel waren enorm teuer (KrZ. S. 3), was aber an den steigenden Preisen durch die Inflation lag. Stetig wurde alles teurer. Der Tischlerleim - deshalb auch die hohen Möbelpreise - hatte früher 90 H. pro kg gekostet, jetzt - im April 1919 - kostete er 8 bis 10 K. (KrZ. S. 3). Früher hatte ein Arbeiter in einer Tischlerei 45 bis höchstens 60 H. pro Stunde gezahlt,

---

15 Kronen Zeitung, Jahres-Abo [2019]; URL: https://www.krone.at/229986 https://angebote.krone.at/jahresabo [22.04.2019].

16 Monats-Abo in Wien mit Zustellung zweimal pro Tag K. 9,50; im sonstigen Inland mit täglich einmaliger Postzustellung schon 28 K. (NFrPr. v. 28.04.1919, S. 1).

jetzt bekam er 4 bis 6 K. (KrZ. S. 3).

Vergleiche bei Löhnen sind schwierig - sind sie brutto oder netto, und mit welchen Steuern? Aber heute bekommt ein Tischler kollektivvertraglich je nach Qualifizierung zwischen E 10,25 und 12,77 (brutto).[17]

Schon während des Krieges hatte man ein „Kriegswucheramt" gegründet, und der neue Staat sah sich gezwungen, dieses Amt weiter bestehen zu lassen.

Die Teuerung was massiv: Am 30. November 1918 - also rund einen halben Monat nach Ausrufung der Republik - hatte man seitens der Regierung gesetzlich festgelegt, daß 1 kg Schweinefett nur 30 K. kosten dürfte; jetzt, Ende April 1919, brachte es im Schleich 130 K. (KrZ. S. 3).

Das war aber kein Wunder! Die öffentliche Versorgung war miserabel: in Wien bekam man wöchentlich (!) pro Person 4 bis 6 dkg „fettähnliche Surrogate" und manchmal Speck; in Mistelbach hingegen bspw. war die Versorgung vollkommen zusammengebrochen und die Menschen auf sich selber gestellt (KrZ. 3). Wobei … Bauern konnten sich sicherlich leichter helfen als Städter, wo es keine Landwirtschaft gibt.

Etwas später (KrZ. S. 7) wird aber nicht ganz zu Unrecht von der KrZ.-Redaktion über die Hamsterkäufe v.a. im Umland der Großstädte bemerkt, daß „der Rucksackverkehr … eine Notwendigkeit [ist]; ohne Rucksackverkehr wären Not und Elend in Wien noch größer und verderblicher …".

Die Neuordnung des Staates führte auch zu einem teilweisen Zusam-

---

17 Beilage zum Kollektivvertrag für das Holz- und Kunststoffverarbeitende Gewerbe Österreichs in der für die Tischler und Holzgestalter geltenden Fassung: Lohnordnungen (gültig ab 1. Mai 2019), S. 4; URL: https://www.wko.at/service/kollektivvertrag/kv-tischler-holzgestalter-2019.pdf [22.04.2019].

menbruch der staatlichen Verwaltung.[18]

- Das betraf die Löhne und Gehälter. Eine Lehrerwitwe, so kann man lesen (KrZ. S. 3), weiß z.Bsp. nicht, woher sie ihre Witwenpension beziehen soll; die Zuständigkeiten sind unklar.

- Ein großes Problem war die Versorgung jener Familien, deren Väter oder Ehemänner noch kriegsgefangen waren (KrZ. S. 3). Weiter hinten in der KrZ. findet man zahlreiche Nachrichten von und über Kriegsgefangene (KrZ. S. 6).

Niemand übernahm die stetig steigenden Lebenskosten und stellte viele vor existentielle Fragen. Diese waren umso drängender, weil die Männer zumeist nicht freiwillig in den Krieg gezogen waren und dort ihr Leben riskiert hatten; nun ließ man sie in ihrem Elend hängen.

- Besonders schlimm war „das Los der Witwen und Waisen" (KrZ. S. 3). Eine Frau Hasenöhrl aus Wien XV., Hütteldorferstraße 64 schreibt einen erschütternden Leserbrief. Ihr Mann fand am 29. Juli 1915 in der Schlacht bei Lublin den „Heldentot" in Russisch-Polen. Sie schreibt wörtlich:

„… Bin Hinterbliebene nach Gefallenem, beziehe für mich und für ein Kind keinen Unterhaltsbeitrag mehr seit 31. Dezember 1916. Nur für das Kind 9 K prov. Waisengeld [monatlich! … aber ein Ei kostete 3 K]. … bis zum Herbst [1918] ging es noch halbwegs. Aber dann die Grippe und die Teuerung, das ist furchtbar. Leider müssen wir, da jetzt nur ein [1] Verdienst im Hause [ist], unsere Ration Zucker, die Hälfte Mehl und Fett, kurz alles verkaufen und lauter Rübensalat essen, damit wir den Mietzins und unser Brot haben …"

---

18 Eine systematische Schilderung der Not sowie auch der gesellschaftlichen wie staatlichen Maßnahmen findet sich in: Verena Pawlowsky/Harald Wendelin, Die Wunden des Staates. Kriegsopfer und Sozialstaat in Österreich 1914-1938 (Anne-Frank-Shoah-Bibliothek o.Bd., Wien-Köln-Weimar: Böhlau 2015).

- In einer einseitigen Rubrik „Auskünfte" (KrZ. S. 7) konnten sich Leser an die KrZ.-Redaktion wenden und um Auskunft bitten. Die Anfragen zeigen, was die Leute bewegte:

Eine Anfrage handelt von der Möglichkeit, nach Amerika auszuwandern. Die Antwort der KrZ. ist ernüchternd: „In Nordamerika werden Auswanderer nicht zugelassen. Es ist ein Gesetz dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus vorgelegt worden, wonach die Einwanderung in den nächsten fünf Jahren fast ganz unmöglich gemacht ist. Durch dieses Gesetz sollte verhindert werden, daß sich ein Strom von Arbeitslosen aus den kriegführenden Ländern über Nordamerika ergießt."

Die Problemlagen erinnern sehr an heute. … aber es ist nicht unbedingt transparent, warum heute die VSA in der europäischen Diskussion immer wieder als positives Beispiel eines Einwanderungslandes genannt werden.

Hilfsaktionen liefen zwar an (und wurden später noch ausgebaut) - zu denken ist hier besonders an die Kinderverschickungen in die Schweiz -, das waren jedoch nur einzelne Tropfen auf den heißen Stein.

- Irgendwie klingt es fast wie ein Hohn, daß das Kaufhaus Herzmansky in der Mariahilferstraße in Wien (es besteht seit 1863) Frühlingskostüme anbot: „neueste Fassons, in allen Modefarben lagernd, K 390 und K 490" (KrZ. S. 2).

In der KrZ. steht ein Bericht nach dem anderen über das alltägliche Elend der Bevölkerung und die dringende Bitte um Hilfe; v.a. an die Politik. Aber auch der Druck der Not wies keinen Ausweg.

Wie soll man unter solchen Rahmenbedingungen einen neuen Staat aufbauen, und zwar in Windeseile, denn die Fragen drängten auf schnelle Lösung, die Menschen hatten nichts zu Essen und verlangten Lösungen nach Jahren des Kriegs!

„Dabei wird die Lage von Tag zu Tag trostloser. Die Arbeitslosigkeit und die Stillegung der Fabriken bringen … Steuerquellen [des Staates - und damit die Möglichkeit einer staatlichen Unterstützung] zum Versiegen." (KrZ. S. 7)

Außenpolitische Lage

Die innenpolitische Lage hing eng mit der außenpolitischen zusammen. Liest man die Berichte in der KrZ., kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Krieg eigentlich noch gar nicht zu Ende war oder vielleicht sogar wieder gerade anfing.[19]

Das betrifft auch Österreich selbst. Auf S. 4f. der KrZ. findet sich ein kurzer Beitrag über einen „Angriff der Südslawen in Kärnten". Gleich zwei Tage nach dem Waffenstillstand vom 3./4. November 1918, am 5. November 1918, rückten Truppen des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) in Südostkärnten ein. Bewaffneter Widerstand der Kärntner konnte diesen Vormarsch allerdings wieder zurückdrängen und am 14. Jänner 1919 wurde ein Waffenstillstand geschlossen. Aber schon am 27. April 1919 - also genau heute vor 100 Jahren - wurde vom jungen jugoslawischen Staat der Waffenstillstand schon wieder gebrochen. Die KrZ. (S. 4f.) berichtet wörtlich:

„Wolfsberg in Kärnten, 27. April. Die Südslawen richteten heute früh 4 Uhr … eine Angriffsaktion. Dieselbe war durch Artilleriefeuer eingeleitet, welches aber zu kurz war und nur die südslawischen Truppen traf. Der feindliche Infanterieangriff wurde … im Keime erstickt.

Eigene Artillerie hielt die feindlichen Maschinengewehre, welche den Angriff unterstützen sollten, unter wirkungsvollem Feuer. …"

Daß die jugoslawische Artillerie (nach vier Jahren Fronterfah-

19 Die Frage thematisiert Robert Gerwarth, The Vanquished. Why the First World War Failed to End (New York, NY 2016).

rung) die eigenen Leute beschoß,[20] ist nahezu tragikomisch. Immerhin konnte durch kärntnerische Kräfte der Angriff nachhaltig zurückgeschlagen werden.

Die weitere Geschichte ist bekannt: Der Friedensvertrag von Saint Germain - dem Vertrag der Alliierten mit Österreich - sah eine Volksabstimmung in Südkärnten vor; allerdings wurden ohne Abstimmung das Kanaltal Italien und das Mießtal, Unterdrauburg und die Gemeinde Seeland (Kankertal) dem SHS-Königreich zugeschlagen. Sie gehören heute zu Slowenien.

Nach dem Beschluß einer Volksabstimmung versuchte der SHS-Staat erneut, durch Waffengewalt vollendete Tatsachen zu schaffen. Reguläre jugoslawische Truppen überschritten Ende Mai 1919 die Grenze und besetzten Klagenfurt, das sie aber nach einer Aufforderung der Alliierten wieder räumen mußten.

Von da an unterblieben weitere Kämpfe. Die Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 ergab dann deutliche Mehrheiten für den Verbleib Südkärntens bei Österreich.

In der Steiermark war das anders: hier wurde die Untersteiermark (Spodnja Štajerska oder Slovenska Štajerska) durch Truppen des SHS-Staates - des nachmaligen Jugoslawiens - militärisch besetzt und dem neuen Staat politisch angegliedert.

In Ungarn spitzte sich die Lage noch mehr zu als in Österreich. Seit Ende März 1919 herrschte in Ungarn eine revolutionäre, d.h. kommunistische Räterepublik unter der Führung Béla Kuns; sie sollte bis zum 1. August 1919 bestehen.

Für die Alliierten bzw. Entente (wie es üblicherweise hieß) war Ungarn nicht nur - wie Österreich - ein Verliererstaat, dessen Gebiet auf die Siegerstaaten (d.h. auch die neuen Staaten auf dem

---

20 Der Fachterminus dafür lautet „Eigenbeschuß" oder im Militärenglisch „friendly fire", umgangssprachlich unter NATO-Soldaten auch als „blue on blue" bezeichnet.

Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie) aufgeteilt werden sollte, sondern als ein Staat nach kommunistischem Vorbild kaum tragbar. Militärische Interventionen waren daher die Folge.

Die KrZ. meldet auch das kurz: „Der Entente-Vormarsch in Ungarn" (S. 5): „Rumänen, Franzosen und Serben rücken vor".

Gleichzeitig gab es massive Spannungen zwischen dem revolutionären Ungarn und Österreich. Die Ungarn warfen den Österreichern vor, staatlicherseits gegen die Revolution in Ungarn zu agitieren, was Österreich massiv bestritt (KrZ. S. 7).

Innenpolitische Eindrücke

In Österreich hatte es ebenfalls gleich bei der Republiksgründung am 12. November 1918 Versuche gegeben, eine kommunistischen Putsch zu veranstalten. Führend dabei waren die Roten Garden. Bei der Veranstaltung der Republiksgründung auf dem Ring vor dem Parlament rissen sie von der Rot-weiß-roten Fahne den weißen Streifen heraus, sodaß nur mehr eine rote Fahne übrigblieb. Die versuchte Revolution wurde sehr schnell von Sicherheitskräften niedergeworfen.

Eine Anekdote in diesem Zusammenhang ist bekannt geworden. Einer der führenden Köpfe der Roten Garden war der ehemalige Oberleutnant im k.u.k. Kriegspressequartier Egon Erwin Kisch, der sog. „Rasende Reporter", der u.a. durch die Aufdeckung der Affäre um den Spion Oberst d.G. Alfred Redl bekannt geworden war. Am 12. November 1918, dem Tag der Republiksgründung eben, besetzte er mit seinen Soldaten für einige Stunden die Redaktion der NFrPr.

In der Redaktion der NFrPr. war aber Egon Erwin Kischs älterer Bruder Paul als Redakteur tätig. Als sich die zwei Brüder begegneten, soll Paul Kisch seinem Bruder Egon Erwin gesagt haben: „Gut, Egon. Ich weiche der Gewalt. Aber eins sag ich dir: ich schreib's noch heute der Mama nach Prag." Daraufhin soll - so berichtet jedenfalls der schon angesprochene Friedrich Torberg in seiner „Tan-

te Jolesch"[21] - nach dem Erscheinen von zwei Sonderausgaben Egon Erwin Kisch und seine Rote Garde das Gebäude wieder verlassen haben.[22]

Am 17. April 1919, also vor 100 Jahren und 10 Tagen, scheitert ein kommunistischer Putsch in Wien; Unruhen bleiben aber bis zum Sommer bestehen.

Positive Impulse

Die unübersichtliche und - aus Sicht der Entente - keineswegs positive Entwicklung in Ungarn bewirkte jedenfalls mit, daß Österreich in Saint Germain das Burgenland (wie in Kärnten teilweise mit Volksabstimmungen) zugewiesen bekam.[23]

Über die innenpolitische Entwicklung seit der Gründung des Staates bringt die KrZ. fast nichts - nicht über die Regierungsarbeit oder den steten Umbau des Staates in den Rahmenbedingungen der neuen Staatsform. Es gab insgesamt aber durchaus auch positive Entwicklungen:

- Die Gründung des neuen Staates Deutschösterreich am 30. Oktober 1918 hatte einen Schlußstrich unter die untragbar gewordenen Zustände gezogen und einen Weg in die Zukunft freigemacht.

- Dazu gehörte, daß die wirklich großen Kampfhandlungen mit dem Waffenstillstand vom 3. November 1918 aufgehört hatten.

- Am 12. November 1918 wurde schließlich die Republik ausgerufen - und mit ihr ein Prozeß zu einer demokratischen Gesellschaft abge-

---

21 Torberg, Tante Jolesch, a.a.O., 28f.

22 Siehe u.a. Franz Endler, Österreich zwischen den Zeilen. Die Verwandlung von Land und Volk seit 1848 im Spiegel der „Presse" (Wien 1973) S. 216ff.

23 Siehe Helmut Konrad, Saint-Germain als Teil einer „Friedensordnung", in: 1918-2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext, hg. von Helmut Konrad im Auftr. des Hauses der Geschichte Österreich … (Wien 2018) 31-34, hier 33.

schlossen. … wenngleich mit massiven „Kinderkrankheiten", die nicht zuletzt durch die sehr schwierigen Rahmenbedingungen wenn schon nicht verursacht, so doch wesentlich verstärkt wurden.

Die Republik Deutschösterreich verstand sich dabei als Nationalstaat der Deutschen Altösterreichs; genauer: der cisleithanischen Reichshälfte. Man konnte sich dabei auf die Ideen des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und seine berühmten „Vierzehn Punkte" berufen.

US-Präsident Wilson nahm im Laufe des Jahres 1918 mehrfach zu den Bedingungen und Grundsätzen eines allgemeinen Friedens programmatisch Stellung, die als Grundlage der Friedensverhandlungen gemeint waren. Am 8. Jänner 1918 hielt er im Zusammenhang mit der in Brest-Litowsk erörterten Friedensfrage eine Rede. Darin gab er 14 Punkte bekannt, die als Richtlinien für den Weltfrieden dienen sollen. Der Punkt 10 war für Österreich-Ungarn von entscheidender Bedeutung. Er verlangte Freiheit zu autonomer Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns („Selbstbestimmungsrecht"); was jedoch (noch) nicht identisch mit Zerschlagung Österreich-Ungarns war.

In weiteren Reden entwickelte Wilson diese Grundsätze weiter; sie gipfelten in den Begriffen einer „Herrschaft des Rechts" und einer „unparteiischen Gerechtigkeit" im Völkerleben, wofür eine „Friedensorganisation" in der „general and common family of the League of Nations" (Völkerbund) mit demokratischen Verfassungen geschaffen werden sollte.

Die sog. „kleinen Völker" der Habsburgermonarchie - also v.a. Tschechen, Slowaken bzw. Tschechoslowaken sowie Slowenen und Kroaten - verstanden den Ruf nach der Selbstbestimmung der Völker gemäß den Vierzehn Punkten Wilsons als Aufforderung zur Loslösung vom Habsburgerreich. Aber auch die Deutschösterreicher, die anfangs gegen einen Zerfall der Donaumonarchie waren, sahen zunehmend in der Bildung eines national homogenen Deutschösterreichs ihre Zukunftschancen.

Das ruckartige Zerbrechen der Doppelmonarchie im Oktober 1918 schuf hierbei unverrückbare Tatsachen. Damit war jedoch andererseits die Möglichkeit einer Neugestaltung offen; diese staatliche Neugestaltung verband sich mit einem Demokratisierungsschub.

- Sichtbarer Ausdruck dieser Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens ist das Frauenwahlrecht. Nach der Ausrufung der Republik wurde in Österreich das allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht eingeführt. Ab 1918 hatten somit auch die Frauen in Österreich das aktive und passive Wahlrecht, nachdem das allgemeine und gleiche Männer(!)wahlrecht bereits 1907 eingeführt worden war.

Die am 16. Februar 1919 gewählte Konstituierende Nationalversammlung für Deutschösterreich war das erste von Frauen und Männern in freier und gleicher Wahl berufene Parlament in der Geschichte Österreichs.

> In der KrZ. wird die älteste Wählerin in Wien vorgestellt; es ist die 100-Jährige auf der S. 6. Es handelt sich dabei um Katharina Fischer aus Hernals. Sie wurde 1819 (!) in Wien geboren.[24] Was sie alles erleben mußte in ihrem langen Leben!

- Auch die neugebildete Volkswehr ist der Versuch, ein demokratisches Militär zu etablieren. Die alte k.u.k. Armee war sehr eng mit dem Hause Habsburg verbunden und taugte deshalb nicht für die neu gegründete Republik.

Bereits am 12. November 1918 - dem Tag der Republiksgründung - wurde die Volkswehr als provisorisches Heer der Republik Deutschösterreich aufgestellt, die bis zu 50.000 Mann stark war.[25]

---

24 Soweit ich ermitteln konnte, starb sie 102-jährig Ende Dezember 1921 und wurde in Wien-Ottakring beerdigt.

25 Siehe Karl Glaubauf, Die Volkswehr 1918-1920 und die Gründung der Republik Österreich (Österreichische Militärgeschichte SBd. 1, Wien 1993); Martin Prieschl, Das erste Heer der Ersten Republik. Die Einsätze der Volkswehr.

Man bemühte sich um neue Formen und die Volkswehr als Teil der jungen demokratischen Republik zu verstehen: so wurden auch hier demokratische Formen eingeführt, eine Basisnähe versucht, die Durchlässigkeit der Dienstgrade geschaffen. Verdiente Unteroffiziere konnten jetzt zu Offizieren avancieren. Aber die Versuche blieben Stückwerk und bewährten sich nur begrenzt.[26]

In Einsatzorganisationen taugt eine demokratische Entscheidungsfindung bei Fragen des Einsatzes - bei dem es um Schnelligkeit und Leben und Tod geht - nur bedingt.

Außerdem brauchte man das Personal der alten Armee mit der Fachkompetenz und Erfahrung des kriegserfahrenen Militärs. Sie wußten, wie's geht; oder zumindest, wie es gehen sollte.

Die Volkswehr setzte sich deshalb hauptsächlich aus ehemaligen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Wehrmacht zusammen. Die meisten der Volkswehrsoldaten war kriegserfahren, aber viele auch traumatisiert und gewaltbereit. Oberkommandierender der Volkswehr war Feldmarschalleutnant Adolf (von) Boog, ein schon in der Monarchie wegen seiner Eigenwilligkeit umstrittener Offizier.[27]

Der kommunistische Putschversuch im April 1919, von dem schon die Rede war, konnte mit Hilfe der Volkswehr niedergeschlagen werden. Auch ein zweiter kommunistischer Putschversuch im Juni 1919 konnte mit Hilfe der Volkswehr niedergeschlagen werden.[28]

Nachdem Boog zurücktreten mußte und der Friedensvertrag von Saint

---

Truppendienst 48 (2009) 313-319.

26 Siehe Christian Frech/Markus Pichler/Peter Steiner, Die Offiziere der österreichischen Revolution. Die Republik und ihre Volkswehrleutnante. Eine militärhistorisch-biografische Untersuchung 100 Jahre danach (Wien 2018).

27 Siehe Glaubauf, Die Volkswehr und die Gründung der Republik, a.a.O., 28.

28 Siehe Alfred Pfoser/Andreas Weigl, Die geordnete Transformation. Elend, Aufruhr, Putschversuche und gewalttätige Störungen in Wien von 1918 bis 1922. Historische Sozialkunde 48 (2018) Heft 1, 30-39, hier 36.

Germain Österreich zwang, ein reines Berufsheer mit maximal 30.000 Mann zu schaffen, wurde die Volkswehr schließlich Ende August 1919 durch Deutsch aufgelöst und in das neue österreichische Bundesheer überführt.

- Es gab immer wieder Initiativen, die das Elend und die Not linder bemüht waren.

> Die KrZ. (S. 6) berichtet bspw. über die Eröffnung eines Lehrlingsheimes in Wien. Hier bekamen die Lehrlinge gegen eine monatliche Gebühr von 100 K. „Wohnung, volle Verpflegung und erziehliche Beaufsichtigung", wie es im Beitrag heißt.

Dazu zählten auch die zahlreiche Organisationen, die sich um Kriegsheimkehrer, Invalide sowie Witwen und Waisen kümmerten. Nach den verlorenen Kriegen gegen Italien und Preußen - traumatisch war die verlorene Schlacht von Königgätz (1866) - entstanden die ersten Veteranenvereine. Sie kümmerten sich um die Invaliden und Hinterbliebenen, um die Durchführung von Feiern zum Gedenken an die gefallenen und vermißten Kameraden sowie um die Pflege der Kriegerdenkmäler und Grabstätten.[29] - Der Österreichische Kameradschaftsbund steht hier in einer alten Tradition!

Instabilitäten

Diese positiven Impulse können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich zwar in Österreich die Entwicklung etwas stabilisiert hatte, aber stabil war dennoch anders.

Seitens der Regierung sah man sich veranlaßt, gegen wilde Demonstrationen einzuschreiten. Die Polizeidirektion in Wien verlautbarte, daß sie entschieden gegen unerlaubte Versammlungen vorgehen

---

29 Eine kritische Differenzierung zwischen dem 1918 gegründeten Zentralverband der österreichischen Kriegsbeschädigten und dem 1924 gegründeten, katholisch orientierten Reichsbund der Kriegsopfer einerseits und andererseits den verschiedenen Veteranenvereinen bringen Pawlowsky/Wendelin, Die Wunden des Staates, a.a.O., 21f.

werde - die KrZ. (S. 4) bringt die polizeiliche Verlautbarung um Wortlaut;

> ... weil „an den letzten Versammlungen und Aufzügen haben sich ... auch in größerer Anzahl Elemente beteiligt, denen es nicht um die Vertretung wirtschaftlicher oder politischen Forderungen, sondern hauptsächlich darum zu tun war, im Anschluß an die Kundgebungen zu plündern oder anderweitige Ausschreitungen zu begehen".

Politisch war man um Unaufgeregtheit bemüht, es gehe nur gegen „verbrecherische Elemente", so die Polizeidirektion (zit. nach: KrZ. S. 4). Und Staatskanzler Karl Renner war jedoch bemüht sofort klarzustellen, daß es sich dabei nicht um Maßnahmen zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit ginge. „Die Regierung hat von Anfang an auf die größte Freiheit in der politischen Betätigung der Staatsbürger Gewicht gelegt." (zit. nach: NFrPr. v. 28.04.1919, S. 3)

Man mußte sensibel mit den neuen politischen Freiheiten umgehen und keinesfalls den Eindruck erwecken, in die alten politischen Handlungsmuster des Krieges mit Zwangsmaßnahmen, Bespitzelung und Propaganda zurückzufallen.

Damals war die Situation sehr heikel. Aber die Fragen an sich sind uns auch heute vertraut:

Wieviel Freiheit braucht eine Demokratie? Wieviel Freiheit verträgt eine Demokratie? Wann gefährdet zu viel Freiheit eine Demokratie? Sind Hausbesetzungen und gewaltbereite Demonstrationen tolerierbar? Wie weit muß man die Freiheit - z.B. durch polizeiliche Überwachungsmaßnahmen - einschränken, um sie zu erhalten? Und ist das nicht ein Widerspruch ins sich selbst? Wie weit sind persönliche Daten geschützt, oder sind das alles nur Schikanen, die Vereinen das Leben schwer machen?

Konkrete Beispiele aus der Gegenwart ließen sich viele anführen,

und jedes müßte für sich näher und differenziert betrachtet werden: die Ausschreitungen bei den Demonstrationen der sog. Gelbwestenbewegung (Mouvement des Gilets jaunes) in Frankreich; Hausbesetzungen in vielen europäischen Städten; die bald bevorstehenden Mai-Aufmärsche linksextremer Gruppen in Berlin und die damit befürchteten bürgerkriegsähnlichen Zustände.[30]

Auch wirtschaftlich begann es 1919 da und dort in Österreich zu rumoren.

> Die KrZ. berichtet (S. 5) über einen „drohenden Kellnerstreik". Es ging nicht nur um die Entlohnung, sondern auch, wem das Trinkgeld gehörte (dem Kellner oder dem Lokalbesitzer), ob das Trinkgeld Teil des Gehalts wäre und - um den Acht-Stunden-Tag. Demonstriert werden sollte am 1. Mai 1919.

Schuldfrage und Gedenken

In die vielen schwerwiegenden und belastenden innen- und außenpolitischen Fragen hinein mischten sich zunehmend auch Frage nach dem Warum und nach der Schuld. Wer ist denn schuld an diesem ganzen Elend?

Der Theologieprofessor Fritz Wilke legte solche dringenden Fragen bei einem Totengedenken im März 1919 den Toten in den Mund: „Warum mußten wir dann sterben? … Was half unser Ausharren in Eis und Schnee, in Gluthitze und Gletscherbrand? Was half es, daß wir dem höllischen Trommelfeuer trotzten und uns den Feinden entgegenwarfen?"[31]

---

30 U.a. „Gegen die Stadt der Reichen" - Linksextreme 1.-Mai-Demo künftig in Friedrichshain. B.Z. [Berliner Tageszeitung; Berlin] v. 09.04.2019; URL: https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/linksextreme-1-mai-demo-kuenftig-in-friedrichshain [27.04.2019].

31 Fritz Wilke, Totenehrung. Eine Gedenkrede gehalten bei der Trauerfeier für die im Weltkriege gefallenen deutschen Studenten im Konzerthaus, hg. von der Wissenschaftlichen Abteilung des Wirtschaftsvereines der Hochschüler Deutschösterreichs (Wien 1920) 11.

Schon bald wurden die alten Eliten und die Armee für den Kriegsverlust verantwortlich gemacht. Aber ebenfalls schon jetzt wurden auch andere Stimmen laut. Ein General Alexander (Frh.) Minarelli-FitzGerald - er war 1911 als General d. Inf. aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand übergetreten - stellte bspw. in der NFrPr. des 28. April 1919 (S. 3f., hier 3) lapidar fest: „Nicht durch Feindeshand, sondern von unseren eigenen Fäusten in Staub und Trümmer zerschlagen liegt das alte Österreich, das durch Jahrhunderte den umbrausenden Stürmen getrotzt, nach mehr als vierjährigen blutigen Kämpfen zerstückelt auf dem Boden … Dies gilt allerdings nur für den Kern unserer alten Monarchie …"

Der General säte also nicht nur einen Haß auf die Nachfolgestaaten, sondern vertrat auch das, was später als Dolchstoßlegende bekannt werden würde; sie ging davon aus, daß das Hinterland seine Ressourcen nicht bestmöglich mobilisiert hätte. D.h. daß die Heimatfront der Kriegsfront bildhaft von hinten den Dolch in den Rücken gestoßen hätte.

So sehr diese Theorie historisch unhaltbar und in weiterer Folge rein propagandistisch verwendet wurde, so war sie doch auch verständlich. Die breite Bevölkerung Deutschösterreichs glaubte bis zuletzt an einen Sieg, auf keinen Fall an ein Auseinanderbrechen der Monarchie. Zu Kriegsende standen die Truppen der Mittelmächte überall auf „Feindesland"; auch wenn die Friedenssehnsucht unüberhörbar und der unvermeidliche baldige militärische Kollaps unverkennbar waren.

Der Umgang mit den heimkehrenden Soldaten erzeugte ebenfalls bei vielen Unmut: „Niemand sprach den heimkehrenden Truppen, die doch das Bewusstsein der unter größten persönlichen Opfern treu erfüllten Pflicht verinnerlicht hatten, den Dank des Vaterlandes aus."[32]

Aber wäre das heute anders? Wie ist unser Umgang mit Toten des

---

32 Georg Reichlin-Meldegg, Feldmarschall Hermann Kövess und die „liquidierende k.u.k. Armee". Truppendienst 57 (2018) Spezial 2, 22-27, hier 26.

Bundesheeres, sogar wenn es sich um Tote im Friedensdienst der VN handelt? Es sind nur das Bundesheer selbst als staatliche Einrichtung sowie einzelne bundesheernahe Vereine wie der Österr. Kameradschaftsbund, die hier Zeichen setzen.

Schon bald nach Kriegsende begann man, Kriegerdenkmale zu errichten. Bereits im Krieg hatte man offiziös damit begonnen. Am Bisamberg errichtete schon 1915 Oberleutnant Engelbert Tula ein Denkmal; 1916 erbaute er das heute noch bestehende sog. Wienerwald-Heldendenkmal in Weidlingbach (Gemeinde Klosterneuburg) beim Exelberg. Die Denkmale sind aber allgemeine Gedenkstätten.[33]

Nach dem Krieg entstanden jedoch Denkmäler und Gedenktafeln in fast allen Orten - oft in den Kirchen -, auf denen - anders als früher - die Namen der Gefallenen vermerkt waren (und sind). In gewissem Sinn haben diese Denkmale die Funktion eines Grab-Ersatzes. Denn die Reise zum Sterbeort - wenn er überhaupt bekannt war - war nach dem verlorenen Weltkrieg und bei der Not der Zeit nur in den seltensten Fällen möglich. In zahlreichen Kirchen wurden deshalb kenotaph-ähnliche Denkmäler errichtet oder Tafeln mit den Namen der Gefallenen angebracht. Sie wurden zu Gedenkorten.

Erst später, ab Mitte der 1920er Jahren und danach, wurden solche Gedenkstätten in den verschiedensten Richtungen ideologisch verstanden und politisch instrumentalisiert.

Es ist deshalb von großer Bedeutung, daß der Niederösterreichische Kameradschaftsbund bei seinen Totengedenken nicht ideologisch verengt der Toten gedenkt: „Wir gedenken aller gefallenen, vermißten und in Gefangenschaft umgekommenen Kameraden der Kriege, besonders der zwei Weltkriege; wir gedenken aller Menschen, die durch Gewalt, Willkür, Rassismus, Zwangsarbeit, Vertreibung oder Bomben-

---

33 Siehe Hubert Michael Mader, Totenehrung - Heldenehrung, in: „Ich hatt' einen Kameraden ..." Dokumentation der Reichenauer Militärethischen Tage für Offiziere 2008, hg. von Karl-Reinhart Trauner/Paul G. Nitsche (M&S 24, Wien 2008) 13-35.

terror ums Leben gekommen sind; ..." u.s.f.

Es mag sein, daß manche Gedenkstätten künstlerisch nicht mehr zeitgemäß sind, manche vielleicht sogar bedenklich - wenn politische Symbole abgebildet sind, die heute unter das Verbotsgesetz fallen. Da gehören entsprechende Maßnahmen gesetzt, ohne Frage!

Aber es ist unverständlich, wenn heute immer wieder Gedenkstätten generell in Frage gestellt oder einige sogar demoliert werden. Das ist eine Verleugnung der eigenen Geschichte und der eigenen Identität! - Und es ist das, was man u.a. dem Kameradschaftsbund vorwirft: rein ideologisch.

Neuanfang mit Hindernissen

Zurück zum Jahr 1919: Viele Österreicherinnen und Österreicher erhofften sich jedenfalls einen Neuanfang durch den Frieden, der bald kommen sollte und der - am 27. April 1919 - auf der Pariser Friedenskonferenz verhandelt wurde.

Aber dieser positive Neuanfang kam leider nicht. Im Mai 1919 reiste eine österreichische Delegation unter der Leitung von Karl Renner nach Saint-Germain-en-Laye. Eine direkte Teilnahme an den Gesprächen wurde ihr verweigert, sie konnte lediglich schriftliche Vorschläge unterbreiten. Dem Deutschen Reich und Österreich wurde die Alleinschuld am Krieg zugewiesen.

Als der Vertrag schließlich am 10. September 1919 unter Druck von der österreichischen Delegation unterzeichnet wurde, empfanden ihn viele Österreicher als „Schandfriede"; und das warf seine Schatten voraus.

> Die KrZ. muß sogar vermelden, wie stark die Bewegungsfreiheit bzw. Reisefreiheit stark eingeschränkt ist; eigentlich nicht gegeben (KrZ. S. 7; 2x). Österreich wird deshalb von der KrZ.-Redaktion als „unser großer Kerker" (KrZ. S. 7) bezeichnet.

Ursprünglich wurde die Republik Deutschösterreich als durchaus le-

bensfähig eingestuft; vorausgesetzt, es kämen jene Teile zum neuen Staat, auf die er Anspruch erhob. Denn in den deutschen Sudetengebieten fanden sich wichtige Zentren der österreichischen Industrie, die auf das Engste mit der Wirtschaft am Gebiet des heutigen Österreichs vernetzt waren. Die politischen Bestrebungen der Tschechoslowakei und auch Jugoslawiens,[34] die Erinnerung an die nicht lange zurückliegende kriegsbedingte Mangelwirtschaft, vollends jedoch die 1918/19 drohende Hungerkatastrophe, u.a. wegen der trotz des Waffenstillstands aufrechterhaltenen Hungerblockade,[35] ließen schon bald auch Zweifel an der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit eines auf das Gebiet des heutigen Staatsgebietes verkleinertes Deutschösterreich aufkommen.[36] Auch der Wegfall eines Meerzugangs durch den Wegfall der wichtigen Handelsstadt Triest (Trieste) wirkte belastend.[37]

Die aus dem Zusammenbruch resultierenden Strukturprobleme der deutschösterreichischen Wirtschaft verhinderten einen raschen Wie-

---

34 Siehe Stefan Karner, Die Abtrennung der Untersteiermark von Österreich 1918/1919. Ökonomische Aspekte und Relevanz für Kärnten und die Steiermark, in: Kärntens Volksabstimmung 1920. Wissenschaftliche Kontroversen und historisch-politische Diskussionen anläßlich des internationalen Symposions Klagenfurt 1980, hg. von Helmut Rumpler (Klagenfurt 1981) 254-296.

35 Siehe Manfried Rauchensteiner, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien-Köln-Weimar 2017) 32ff.

36 Barbara Thosold/Helmut Wohnout, Politische Lager und Zukunftsentwürfe, in: 1918-2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext, hg. von Helmut Konrad im Auftr. des Hauses der Geschichte Österreich … (Wien 2018) 23-26, hier 23 verweisen in diesem Zusammenhang auf die rasch durch die Nachfolgestaaten errichteten Zollschranken. Auch die Währungsfrage wirkte in dieser Beziehung belastend; siehe Friedrich Steiner, Die Währungsgesetzgebung der Sukzessionsstaaten Österreich-Ungarns. Eine Sammlung einschlägiger Gesetze, Verordnungen und behördlicher Verfügungen von 1892 bis 1920 (Wien 1921).

37 Siehe Max Schloß, Deutschösterreich und die Zukunft von Triest. Denkschrift (Wien 1919).

deraufbau und hemmten das ökonomische Wachstum.[38] Dieser Effekt wurde durch die demobilisierten und nun heimkehrenden Soldaten wie auch durch den Rückgang der Waffenproduktion weiter verschärft.

Das alles waren letztlich keine guten Voraussetzungen für die weitere Entwicklung Österreichs. Spätestens seit Saint Germain war Österreich ein „Staat, den keiner wollte" (Andics[39]). Das sollte weitreichende Konsequenzen haben und die Resilienz des Staates und der Gesellschaft nachhaltig schwächen. Die gravierendste war, daß 20 Jahre nach dem Frieden von Saint Germain und zwanzig Jahre nach einer sehr wechselvollen und durchwegs turbulenten, keineswegs jedoch durchwegs positiven Entwicklung der Großteil der Bevölkerung den von Saint Germain verbotenen Anschluß an das Deutsche Reich

38 Siehe Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890-1990, Wien 1994) 277f.

39 Die Formel stammt von Hellmut Andics; er verfaßte ein populäres Buch gleichen Titels; Hellmut Andics, Der Staat, den keiner wollte. Österreich von der Gründung der Republik bis zur Moskauer Deklaration (Ders., Neue österreichische Geschichte in vier Bänden 3, Wien-München ²·1976). In eine ähnliche Kerbe schlagen auch moderne Darstellungen: Anton Pelinka verwendet den Ausdruck (Anton Pelinka, Die Zwischenkriegszeit. Zeit der Suche, in: Das neue Österreich, hg. von Günter Düriegl/Gerbert Frodl [Katalog zur Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005, Wien, Oberes Belvedere, 16.05.-01.11.2005, o.O. (Wien) o.J. (2005)] 51-60, hier 55) und spricht -so ein Buchtitel - von der „gescheiterten Republik" (Anton Pelinka, Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938 [Wien-Köln-Weimar 2017]), für Lothar Höbelt - so der Untertitel eines seiner Bücher - war die Erste Republik ein „Provisorium" (Lothar Höbelt, Die Erste Republik Österreich (1918-1938). Das Provisorium [Wien-Köln-Weimar 2018]). Anders jedoch Manfried Rauchensteiner; siehe „Historiker Rauchensteiner: ‚Österreich war nicht der Staat, den keiner wollte'". Die Presse [Wien] v. 20.09.2017, URL: https://diepresse.com/home/zeitgeschichte/5288862/Historiker-Rauchensteiner_Oesterreich-war-nicht-der-Staat-den# [22.09.2018]. Die Entstehung und Entwicklung dieses Narrativs beleuchtet Martin Reisacher, Die Konstruktion des „Staats, den keiner wollte". Der Transformationsprozeß des umstrittenen Gedächtnisorts „Erste Republik" in einen negativen rhetorischen Topos (Dipl.Arb., Wien 2010).

vollzog. Sehr bald darauf, aber viel zu spät erkannte man, daß das Deutsche Reich des Jahres 1918/19 mit dem des Jahres 1938 nichts mehr gemeinsam hatte.

Aus den Fehlern gelernt: 1945ff.

Das klingt nicht positiv - und das wäre es auch nicht, wenn nicht nach 1945 ein neuer Aufbruch der demokratischen Republik Österreich neues Leben eingehaucht hätte. Der Aufbruch nahm hier in Hochwolkersdorf im südlichen Niederösterreich, dem „Geburtsort der Zweiten Republik, seinen Anfang, weshalb die Feierlichkeiten auch hier stattfinden.

In Hochwolkersdorf trafen der damalige Oberfeldwebel Ferdinand Käs als Vertreter der österreichischen Widerstandsbewegung „O5" und Dr. Karl Renner, der erste Kanzler der Ersten Republik, Leiter der Friedensdelegation in Saint Germain und nach 1945 ebenfalls der erste Kanzler des neuen Österreichs, mit Repräsentanten der Roten Armee zusammen. Ging es Käs darum, eine Abkürzung der Kämpfe um Wien zu erwirken, so bot sich Dr. Renner für die Wiederingangsetzung der demokratischen Einrichtungen der Republik Österreich an.

Die Zweite Republik war aufgrund ihrer katastrophalen Erfahrungen mit dem totalitären Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg bereit, die schwierigen Anfänge demokratisch-republikanischen Lebens wieder aufzunehmen und weiterzuentwickeln.

Es ist eine geniale Entscheidung, die nur auf die Erfahrungen dieser dunkelsten Epoche der österreichischen Geschichte zurückzuführen ist, daß sich die österreichischen Politiker entschieden haben, auf die Mißerfolge der Ersten Republik nicht - wie schon beim Ständestaat - mit einer autoritären Staatsform zu antworten, sondern ganz im Gegenteil: die Demokratie neu zu beleben und neu zu denken.

Dieses Projekt ist nicht abgeschlossen - und wird, wie in einer demokratischen Entwicklung - nie abgeschlossen sein. Zunehmend

werden - im Rahmen der Demokratisierung - das gesellschaftliche Leben sowie die politischen Entscheidungsprozesse zivilgesellschaftlich unter einem Primat der Politik getragen. Denn der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann; so das bekannte Böckenförde-Diktum.[40]

Ein Beispiel für einen solchen zivilgesellschaftlichen Beitrag ist der Österreichische Kameradschaftsbund (ÖKB). Ohne das Engagement der verschiedenen Vereine und Organisationen - zu denen der Kameradschaftsbund gehört - wäre ein modernes demokratisches Leben nicht möglich. Vielerlei Initiativen gehen nicht auf die Politik zurück, sondern auf Vereine wie den ÖKB. Sie bringen Leben in die Gesellschaft.

Ein anderes Beispiel ist das Bundesheer. Wie schon 1918/19 ringt Österreich nach wie vor um eine Form des Militärs, das nicht nur modernen militärischen Anforderungen entspricht, sondern auch demokratisch-republikanischen.

Der Friedensvertrag von Saint Germain hat Österreich gezwungen, ein Berufsheer aufzustellen. Es wurde von vielen Österreichern als nicht zweckmäßig eingestuft; zwar wurde es 1934 gegen innere Feinde von links und rechts eingesetzt, als aber 1938 der Anlaß für eine militärische Verteidigung Österreichs gegeben war, fiel die politische Entscheidung, das Bundesheer nicht einzusetzen. Man zweifelte an seiner Wirksamkeit.

Immerhin war es durch die Friedensbestimmungen auf eine Gesamtgröße von 30.000 Mann begrenzt, hatte nur sehr ungenügend schwere Waffen (Artillerie und Panzer) und durfte keine Luftwaffe haben.

Parallelitäten zu heute drängen sich auf: Von einer Aktivstärke

---

40 Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie u. zum Verfassungsrecht (Suhrkamp-Taschenbücher Wissenschaft 163, Frankfurt a. Main 1976) 60.

von 30.000 Personen ist das Österreichische Bundesheer weit entfernt, die schweren Waffen sind - heute aus eigenem Entschluß und politischem Willen - unzureichend für eine Verteidigung, und auch die Luftwaffe ist nur sehr bedingt vorhanden. Im März 2019 erklärte der österreichische Generalstabschef General Robert Brieger dazu:

„Das Bundesheer hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten von der eigenständigen Fähigkeit zur Landesverteidigung dramatisch entfernt. Schon bald werden die wesentlichen militärischen Kernfähigkeiten aufgrund der Überalterung nahezu aller wichtigen Waffensysteme nicht mehr vorhanden sein."[41]

Aber es ging (und geht) nicht nur um Geld, sondern auch um die Philosophie. Die ideellen Grundlagen für die Volkswehr 1918/19 hatte man in der Epoche der Freiheitskriege gegen den napoleonischen Militarismus gefunden.

> Der Roman auf der letzten Seite der KrZ. über den „Gefangenen von Schönbrunn" (KrZ. S. 8) wirft ein Schlaglicht auf diese bedrückende Zeit.

Verbunden waren diese in Preußen entwickelten Ideale einer neuen Wehrverfassung mit der allgemeinen Wehrpflicht; die jedoch in Österreich 1919 nicht umgesetzt werden konnte. Der Volkswehroffizier fand jedoch seine Vorbilder im „bürgerlichen Landwehroffizier aus der Zeit der Napoleonischen Kriege (1809) und dem Nationalgardeoffizier von 1848".[42]

Das zweite Bundesheer stand anfänglich vor ähnlichen Fragen wie die Volkswehr bzw. danach das erste Bundesheer: politische und ge-

---

41 Zit. nach: Generalstabschef fordert mehr Geld für Bundesheer. Der Standard [Wien] v. 12.03-2019; URL: https://derstandard.at/2000099433517/Generalstabschef-fordert-eindringlich-mehr-Geld-fuer-Bundesheer [27.04.2019].

42 Hubert Zeinar, Entwicklung und Tradition des Offiziersberufes (Wien 2000) 153.

sellschaftliche Akzeptanz angesichts zweier verlorener Weltkriege, ab den 1980er Jahren vermehrt die Anfragen nach der Rolle der Wehrmacht bei Kriegsverbrechen.

In den 1980er Jahren wurde das Bild eines demokratischen Militärs in einem demokratischen Staat wieder verstärkt entwickelt. Man war sich seitens der Politik wie auch des Militärs dessen bewußt, daß ein Militär nur dann funktionieren kann, wenn es in der Bevölkerung verankert ist. Die Umfassende Landesverteidigung - ausgestaltet im Landesverteidigungsplan aus der Mitte der 1980er Jahre[43] - sieht einen umfassenden Ansatz vor: Basis ist eine Geistige Landesverteidigung (GLV), d.h. der Wille zum Bestehen bei einer Bedrohung; konkretisiert wird die Landesverteidigung dann - je nach Art der Bedrohung - in einer Wirtschaftlichen Landesverteidigung (WLV), Zivilen Landesverteidigung (ZLV) und einer Militärischen Landesverteidigung (MLV). - Das Modell findet heute wieder verstärkt Beachtung.

Die in der Verfassung festgelegte Miliz-Struktur vertiefte diese demokratische Ausgestaltung des Militärs und die Verbindung mit der Bevölkerung ebenso wie die Allgemeine Wehrpflicht.

In den 1990er, spätestens den 2000er Jahren stellte sich allerdings die durchaus berechtigte Frage, ob die milizartige Struktur des Militärs, die sich allein auf die Verteidigung Österreichs bezog, noch zeitgemäß war. Neue Denkansätze wurden durchdiskutiert: Berufsheer statt Allgemeiner Wehrpflicht und Miliz; Auslandsorientierung statt Konzentration auf Landesverteidigung; ...

Namhafte Politiker (übrigens aller Couleurs) und Militärs sahen in den 2000er Jahren die Zeit für einen Paradigmenwechsel gekommen und stellten in diesem Sinne die Weichen.

Wie immer man auch zu diesen Fragen steht, so sind solche Diskussionen doch auch ein Zeichen lebendiger Demokratie.

---

43 Landesverteidigungsplan, hg. vom Bundeskanzleramt (Wien 1985).

Und ein solches Zeichen war auch die Volksabstimmung über die Wehrpflicht des Jahres 2013, die knapp 60 Prozent für die Beibehaltung der Wehrpflicht ergab. - Daß sich nicht zuletzt der ÖKB massiv in diese Diskussion eingebracht hat, braucht hier nicht erwähnt zu werden.

Die Diskussionen, die 1918/19 begonnen haben, werden also heute nach wie vor weitergeführt. … und werden gesamtgesellschaftlich weitergeführt werden, solange es eine Demokratie gibt und ein Primat der demokratischen Politik.

Gerade über die politische Entwicklung, die sich 1918/19 vollzog und die sich im Kleinen in den Geschehnissen des 27./28. Aprils 1919 nachzeichnen, könnte noch viel gesagt werden.

Aber dazu ist hier und heute leider die Zeit zu knapp …